

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expedienten:
„Volksblatt“ Zimmer-Strasse 44.

Nr. 49.

Sonnabend, den 7. Dezember 1889.

III. Jahrgang.

Zur internationalen Achtstundebewegung.

Politische Rundschau. — Zur Achtstundebewegung. — Die Maschine und der Arbeiter. — Das Fabrikgesetz in der Schweiz. — Zunftmeister und Reichstagswahlen. — Das Recht des Boykotts in England.

Gedicht von Arno Holz. — Novelle von Mackay. — Sozialistische Spaziergänge. — Michael Davitt. — Samerling. — Literatur zur Arbeiterversicherung.

Politische Uebersicht.

× In der Kartellpresse herrscht große Besorgnis vor einem „freisinnig-sozialdemokratischen Wahlbündnis“. Ob die Freisinnigen wirklich den Muth haben werden, bei Stichwahlen für die sozialistischen Kandidaten gegen Konservative und Nationalliberale zu stimmen, bleibt abzuwarten. Sollte auch die liberale Parteileitung entschieden dafür eintreten, so fragt es sich nach den Erfahrungen, welche man 1887 machte, noch immer, ob die Wählerschaft oder auch nur ein erheblicher Bruchtheil der Parole wird folgen wollen. Die Angst vor dem rothen Gespenst schlägt vielleicht wie damals alle vernünftigen Ueberlegungen, die für ein solches Zusammengehen sprechen könnten, zu Boden.

Die Stellung der Sozialisten ist durch den zu St. Gallen gefassten Beschluß vorgezeichnet, welcher den Genossen bei Stichwahlen gegnerischer Parteien strikte Wahlenthaltung anempfiehlt.

Als es sich zeigte, daß der Freisinn bei den vorigen Stichwahlen mit fliegenden Fahnen in das nationalliberale Lager übergang, da zerriß jener Kongreß auch die letzte Verbindung mit ihm.

Daß die bürgerlich-liberale Partei sich in Deutschland noch einmal zu energischem Handeln ausschwingen wird, erscheint sehr zweifelhaft. Sollte es geschehen, so würde sie meiner Ansicht nach, dabei allerdings auf die Unterstützung der Sozialisten zu rechnen haben. Denn es ist, wie Marx schon im Jahre 1847 ausführte, die Aufgabe der Proletarier, alle radikalen Bewegungen nach Möglichkeit zu unterstützen trotz des bürgerlichen Charakters, der ihnen anhaften mag.

Der Grund für diese Stellungnahme ist leicht einzusehen: erst in der Demokratie kann es den Arbeitern gelingen, die parlamentarische Gesetzgebungsmaschine in die Hand zu bekommen und wirksam zu gebrauchen. Die monarchischen und militaristischokratischen Einflüsse, welche nur den Schein des Parlamentarismus übrig lassen, müssen von den Arbeitern, wenn sie durch den Parlamentarismus zur Herrschaft kommen wollen — und dieser Weg allein wäre ein vollkommen friedlicher — vernichtet werden. In sofern die bürgerlichen Parteien von ihrem Standpunkt aus gleichfalls für die demokratisch-parlamentarische Entwicklung eintreten, kann sich das Proletariat gegen den gemeinsamen Feind mit ihnen vereinen.

Daß ein solches ehrliches Eintreten in Deutschland nirgends vorhanden, daß die Liberalen „national liberal“ und die Demokraten erst fortschrittlich, dann sogar deutsch-freisinnig geworden, das ist das Resultat der erfolgreichen Militärpolitik Bismarcks und der Sozialdemokratie. Weil die von den Liberalen erstrebte Einigung Deutschlands nicht, wie sie es gewollt, sondern anders, durch die dynastische Interessenspolitik des Hauses Hohenzollern, erfolgt war, darum fingen sie an ihrem Streben überhaupt, als einem Ausflusse „beschränkten Unterthanenverständes“ zu zweifeln an. Die Militärmonarchie, dieser größte Feind jedes wahren Liberalismus, wurde als Ausführender und Bollender der Volkswünsche, um welche er sich in Wahrheit keinen Deut kümmerte (siehe das Tagebuch des Kronprinzen), gepriesen. Alle bürgerlichen und weltbürgerlichen Ideen

schwor man ab und bekehrte sich dafür zu der lächerlichen Ideologie des militärischen Königthums. Der Glaube an Blut und Eisen ward national, und das Nationale galt als der Jehovah, neben welchem der Mensch keine anderen Götter verehren dürfte.

Ebenso wie die Bismarck'schen Erfolge, ebenso mußten auch die Erfolge der Arbeiterbewegung auf die bürgerlichen Klassen wirken. Lohnte sich schon der Glanz siegreicher Bajonette und Kanonen in das Regierungslager hinüber, so mußte das dumpfe Murren der erwachenden Millionen sie mit verdoppelter Schnelligkeit dorthin treiben. Daß solche liberalen Programmworte, wie Freiheit, gleiches Recht für Alle u. s. w. thatsächlich höchst verhänglicher, ja staatsgefährlicher Natur seien, das wurde auch den Bourgeois auf einmal entsetzlich klar, als die millionenköpfigen Massen der Unterdrückten eben diese Worte in ihrem Sinne wiederholten. Schnell warf man die auf einmal wie Feuer brennenden „Prinzipien“ aus der Hand und trieb nun ohne jeden Ballast, wohin regierungsfreundliche Winde bliesen mochten. Man nannte es „Realpolitik“.

Daß von dem allergrößten, dem nationalliberalen Theile der Bourgeoisie bei einer derartigen Entwicklung der Verhältnisse für demokratische Reformen nichts zu erwarten sein kann, liegt auf der Hand. Die deutsch-freisinnige Partei erscheint im Gegensatz dazu beinahe radikal, wie sie denn von der Kartellpresse komischer Weise in allem Ernste wegen ihres Radikalismus denunziert wird; in Wahrheit aber wagt auch sie nichts gegen die Macht der Militärmonarchie. Bei jeder Kleinigkeit zeigt sich dieses Unvermögen. Tritt der Kaiser, welcher zudem seine Feindschaft gegen die Liberalen mit aller nur wünschenswerthen Offenheit der Welt verkündet hat, eine Reise an, was ja zuweilen vorkommt, so wetteifern die „freisinnigsten“ Blätter mit der Reptilienpresse in byzantinischer Berichterstattung; verlangt er eine Erhöhung seiner Civilliste, so beilen sich die Herren dem nachzukommen, sie schenken ihm Brunnen, und trotzdem ihnen dies schlecht bekommen, scheint es noch nicht einmal gemiß, ob die liberale Berliner Stadtverordneten-Versammlung den Muth besitzen wird, sich rundweg gegen die Niederreißung der Schloßfreiheit und die dazu erforderliche Lotterianleihe zu erklären.

Trotz ihrer politischen Schläffheit steht und diese bürgerliche Partei von allen übrigen noch immer am nächsten, was ja auch die meisten Abstimmungen im Reichstage zeigen. Die Ursache dafür liegt in dem Manchesterthum, welches ihr wirklicher und nur selten verläugneter Grundgedanke ist. Häufig stellt man es so dar, als sei eben dies Manchesterthum der gewaltigste Feind alles sozialen Fortschrittes, und, von einer Seite gesehen, hat man ja auch das Recht, das zu behaupten. Denn das Manchesterthum, oder das Prinzip der Nichteinmischung des Staates in irgend welche Vorgänge des Wirtschaftslebens, welches auf Grund der freien Konkurrenz sich selbst regelt, verwirft logischer Weise auch den Arbeiterschutzes als einen Eingriff in eben dies Rechtsgebiet der Konkurrenz. Damit müssen natürlich die Arbeiter gehörig aufräumen, und es ist ihnen auch heute schon soweit gelungen, daß die Gegner des Arbeiterschutzes sich bereits einigermaßen schämen, die hergebrachten Argumente des Manchesterthums vorzubringen. Der ideologische Respekt vor Seiner Majestät der „freien Konkurrenz“ ging wie so mancher andere Respekt zum Teufel.

Aber das Manchesterthum hat noch einen anderen Sinn, und wenn es in seiner Stellung zum Arbeiterschutzes reaktionär war, so ist es in dieser seiner zweiten Bedeutung entschieden fortschrittlich und arbeitersfreundlich. Das Manchesterthum vertritt nämlich auch das Interesse der Kapitalistenklasse gegen einzelne Kapitalistengruppen, und die Arbeiterschaft muß nothwendig den Sieg der Klasse über die Gruppen wünschen.

Während der bürgerlichen Entwicklung kam zugleich die Macht des Königthums auf, und da diese Macht um so höher wuchs, in je mehr Dinge die Fürsten ihre gottbegnadeten Hände mischten, so ist klar, daß das Machtstreben der Fürsten sie von vorneherein einem Eingreifen in das Wirtschaftsleben geneigt machen mußte. Der Glaube, daß sie zur ökonomischen Förderung und damit wieder zur Erhöhung des Staatseinkommens und der Staatsmacht viel beitragen könnten, mußte sie vollends zu einer solchen Politik der Einmischung treiben. Aber jede Einmischung geschieht nothwendig zu gunsten ganz bestimmter Kapitalistengruppen und muß andere Gruppen benachteiligen. Jede Ausführprämie, jeder Schutz Zoll, jedes Monopol hilft immer nur einem Theile der Kapitalistenklasse auf Kosten des andern, und es liegt darum im Interesse der ganzen Klasse, bei vollentwickelter bürgerlicher Wirtschaft alle staatlichen Interventionen, die den Mechanismus der freien Konkurrenz beeinflussen wollen, zu beseitigen. Britannien, dies Musterland des Kapitalismus ist mit einer solchen Politik vorangegegangen, das Prinzip der Nichtintervention oder des absoluten Freihandels hat dort bereits „die Festigkeit eines Volksvorurtheils.“

Daß diese Seite des Manchesterthums bei uns verwirklicht werde, danach streben die Freisinnigen, und die Arbeiter können gar nicht anders, als hierin mit ihnen übereinstimmen. Denn je mehr sich der machtlüsterne Staat in das Wirtschaftsleben einmischet, je mehr er verstaatlicht, verzollt, prämiirt, um so länger wachsen seine Krallen, um so größer wird die Schaar der von ihm Abhängigen, und seine Macht über sie. Die kapitalistischen Gruppen aber, deren Interesse der Staat durch seine Einmischung vertreten will, bereichern sich nicht nur auf Kosten der übrigen Kapitalisten, sondern in noch höherem Maße auf Kosten der Arbeiter selbst. Sollten wegen der Getreidezölle z. B. die Löhne auch ein wenig höher gestiegen sein, die Hauptbelastung trägt doch das Proletariat.

Bürgerlich-kapitalistisch sind alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie, keine kann im Ernst daran denken, die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse irgendwie zu verändern. Die Freisinnigen unterscheiden sich von den übrigen nur dadurch, daß sie statt der opportunistisch-billetantischen Wirtschaftspolitik der Nationalliberalen, des Zentrums und der Konservativen die dauernden und gemeinsamen Interessen des Kapitalismus vertreten. Wenn die Arbeiter zwischen beiden Systemen zu entscheiden haben, wählen sie naturgemäß das erstere.

Was nützte z. B. der Kreuzzug gegen das Manchesterthum, in welchem Professoren, Regierung und Kartellpresse soviel moralisches Pathos verbrauchten, den Arbeitern? Als das Wasser vom Sturme gehörig aufgerührt war, hatten es die Herren leicht, im Trüben zu fischen. Und sie angelten Millionen und Millionen für das staatliche und agrarische Säckel, hier und da ein kleines Fischchen wurde wohl auch für den „Bruder Arbeiter“ herausgezogen. Die deutsche „christliche“ Sozialreform, welche mit dem „verruhten“ manchesterlichen Prinzipie brach, war nichts als ein unter arbeitersfreundlicher Devise unternommener Feldzug gegen die Arbeitertaschen.

In den kolonialpolitischen Debatten der vorigen Wochen trat der Gegensatz zwischen dem manchesterlichen Freisinn und den sozialreformatorischen Regierungsparteien wieder klar hervor. Jene verfolgten mit Nüchternheit das Gesamtinteresse, welches von all unsern Kolonialabenteuern keinen Pfifferling zu erwarten hat, diese begeisterten sich im Interesse einer Spekulantengruppe und der nach überseeischer nationaler Machtentfaltung strebenden Regierung für die Fortführung der Kolonisation. Hier wie in den meisten Wirtschaftsfragen mußte der freisinnig-manchesterliche Widerstand gegen Einmischung des Staates auch vom proletarischen Standpunkte aus gebilligt werden.

